

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: 09.12.2011, 19:00 Uhr

**47. Grünkohlessen
der Verbände
der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft
am 9. Dezember 2011 in Kiel**

**Begrüßung
Uli Wachholtz
Präsident von UVNord und
Vorsitzender der Studien- und Fördergesellschaft
der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft**

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

ich begrüße Sie zu unserem traditionellen Grünkohllessen und freue mich, dass Sie unserer Einladung hierher nach Kiel gefolgt sind. Herzlich willkommen.

Das Grünkohllessen der Verbände der schleswig-holsteinischen Wirtschaft gehört seit vielen Jahren zu den gesellschaftlichen Ereignissen in Norddeutschland. Dass dieses so ist, verdanken wir nicht zuletzt unserem ehemaligen Vorsitzenden und BDA-Präsidenten, **Prof. Dr. Klaus Murmann**, den ich herzlich willkommen heiße.

Meine Damen und Herren, die 47. Auflage des Grünkohllessens wartet mit gleich zwei Premieren auf:

Zum einen kommen wir erstmalig an einem Freitag zusammen. Das hat uns durchaus Lob – aber auch Tadel eingebracht, denn mancher Stammgast muss heute leider passen, weil er an einer betrieblichen oder behördlichen Weihnachtsfeier teilnehmen muss.

Zum anderen haben wir erstmalig in unserer fast 50-jährigen Veranstaltungsgeschichte einen aktiven niedersächsischen Ministerpräsidenten zu Gast. Wir freuen uns, dass Sie heute bei uns sind: Herzlich willkommen Ministerpräsident **David McAllister**.

Ich bin gespannt, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, was Sie uns zum Thema „Norddeutsche Zusammenarbeit“ vortragen und darf Ihnen ein interessiertes und aufmerksames Auditorium versprechen. Willkommen in Schleswig-Holstein.

In Schleswig-Holstein zu Hause und hier fest verankert ist der Ministerpräsident unseres Landes. Ich freue mich, lieber **Peter Harry Carstensen**, dass Sie bei uns sind und gleich ein Grußwort an uns richten werden. Herzlich willkommen.

Aus der Freien und Hansestadt Hamburg kommt Frau Senatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**, 2. Bürgermeisterin der Stadt und Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung. Ich werte es als Zeichen guter Nachbarschaft, sehr geehrte Frau Senatorin, dass Sie sich auf den (kurzen) Weg hierher nach Kiel gemacht haben und begrüße Sie herzlich.

...

Meine Damen und Herren, der Dezember ist nicht nur der Grünkohlmonat, es ist jetzt auch die Zeit der Jahresrückblicke und Bilanzen.

Das die letzten Wochen und Monate beherrschende Thema war zweifelsfrei die europäische Staatsschuldenkrise. Ein Krisengipfel folgte dem nächsten, die Zinsen für Anleihen überschuldeter Staaten stiegen kräftig, zwei südeuropäische Regierungschefs wurden vom Hof gejagt, andere abgewählt. Die Staatsschuldenkrise entsorgt ihre Protagonisten, jedoch eine zielführende Lösung ist noch nicht in Sicht.

Das Thema Staatsschuldenkrise wird uns auch in den nächsten Monaten und Jahren noch beschäftigen. Die Sachlage ist komplex und kompliziert. Ebenso komplex und kompliziert sind die verschiedenen Rettungs- und Hilfoptionen, die diskutiert werden. Ohne im Einzelnen auf die Probleme sowie auf die Risiken und Nebenwirkungen der Lösungsvorschläge eingehen zu wollen, gilt es als Kernforderung festzuhalten, dass wir in allen betroffenen Staaten die viel zu hohen Schulden zügig und nachhaltig abbauen müssen. Das gilt auch für Deutschland! Nur durch konsequente Haushaltsdisziplin wird es wieder Vertrauen auf den Finanzmärkten geben. Und hier reichen auch keine Versprechungen oder Zusagen – hier muss gehandelt werden und das möglichst schnell.

Flankiert werden müssen diese Sparmaßnahmen durch Strukturreformen, wie wir sie in Ansätzen hier bei uns in Deutschland umgesetzt haben und durch eine konsequente Wachstumspolitik.

Hier ist neben der Einsicht unserer europäischen Nachbarn auch die Führungsfähigkeit der Kanzlerin gefordert. Dass sie diese hat, haben die letzten Wochen gezeigt. Was die Brüsseler Beschlüsse von heute Nacht bewegen, wird sich zeigen. Sie sind auf alle Fälle ein Schritt in die richtige Richtung.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist zu Beginn des Winters 2011/2012 als einigermaßen entspannt zu bewerten. Natürlich gibt es Risiken aufgrund der Staatsschuldenkrise in vielen Euro-Staaten und die weltwirtschaftliche Lage ist durch eine Reihe von Unsicherheiten gekennzeichnet. Die Auslastung der Unternehmen ist aber in den allermeisten Branchen nach wie vor durchaus zufriedenstellend und auch ein leicht abgeschwächtes Wachstum wird es möglich machen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter zu stabilisieren. Noch nie zuvor wurden in Deutschland so viele Menschen beschäftigt und das Hauptproblem auf dem Arbeitsmarkt ist – trotz aller Anstrengungen, die die Betriebe unternehmen – mittlerweile der Fachkräftemangel.

Die jüngsten Prognosen von knapp 1 % Wachstum für 2012 sind vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise und der Risiken im Finanzbereich nachvollziehbar. Umso mehr muss es jetzt darum gehen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und umso mehr muss es jetzt darum gehen, alle Wachstumsbremsen zu lösen.

Wir alle wissen es, meine Damen und Herren: Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstzweck. Wachstum ist notwendige Voraussetzung für Beschäftigung und die Lösung der finanzpolitischen Probleme der öffentlichen Kassen. Schon aus Eigennutz muss es daher zentrales Anliegen der Politik sein, für Wachstum zu sorgen, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Wachstum möglich ist. Hier gibt es ein breites Betätigungsfeld.

Ich nenne drei Beispiele:

Wir brauchen – erstens – eine grundlegende Reform unserer sozialen Sicherungssysteme. Weitere Beitragssteigerungen müssen unbedingt unterbleiben. Zur Entlastung von Arbeitnehmern und Unternehmen ist eine Rückführung der Beitragssatzsumme deutlich unter 40 % dringend notwendig. Leistungsausweitungen bei den Sozialversicherungen – wie sie in Berlin diskutiert werden – sind Schritte in die falsche Richtung.

Wir brauchen – zweitens – eine Steuerreform, die diesen Namen zu Recht trägt. Ein „einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem“ haben uns die Berliner Koalitionäre vor zwei Jahren versprochen – und (bisher jedenfalls) nicht gehalten. Hier wünschen wir uns deutlich mehr Nachdruck, deutlich mehr Einsatz. Das was uns vor wenigen Wochen als „Mini-Steuerreform“ verkauft worden ist, greift eindeutig zu kurz. Die Beschlüsse des Kabinetts zur Abschaffung der Progressionsbeule sind zwar zu begrüßen, aber sie gehen nicht das grundsätzliche Problem an. Ich habe große Sympathien für den Bierdeckel-Ansatz von Friedrich Merz. Steuervereinfachung hat für mich oberste Priorität. Und – ebenso wichtig – Schuldenabbau geht vor neuen Wohltaten und geht vor Steuersenkung.

Und wir brauchen – drittens – eine bezahlbare, verlässliche und planbare Energieversorgung. Die Energiewende des Sommers war – um es zurückhaltend zu formulieren – keine Ruhmesstat der Bundesregierung. Die Kernenergie zu ersetzen wird uns noch großes Kopfzerbrechen bereiten. Bereits heute sind die Energiekosten bei uns sehr hoch und kommen vor allem der mittelständischen Wirtschaft teuer zu stehen. Weitere Kostensteigerungen bedrohen den Standort Deutschland und damit auch Arbeitsplätze. Hier muss noch einmal nachgedacht und nachgelegt werden.

Es gibt noch weitere Betätigungsfelder, meine Damen und Herren, auf denen sich die Politik engagieren muss, um die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu verbessern. Ich nenne beispielsweise den Bereich Bürokratieabbau, die Reform der Verwaltungsstrukturen, die Reform unseres föderativen Bildungssystems und den Ausbau der Hochschulen, den Abbau von Subventionen und ich nenne die Infrastrukturpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Unternehmen orientieren muss.

Stillstand ist Rückschritt – auch und vor allem im Bereich Infrastruktur. Ein Verharren auf dem Status quo können wir uns nicht leisten – weder in Stuttgart noch in Schleswig-Holstein und in Hamburg. Wir brauchen die A20 mit dem Sprung über die Elbe westlich von Hamburg ebenso wie die Fehmarnbelt-Querung, die die gesamte Nordregion stärken wird.

Und als Exportnation ist Deutschland angewiesen auf den zukunftsfähigen Ausbau und landseitigen Anschluss unserer norddeutschen Wasserwege, ob Hamburger Hafen, Nord-Ostsee-Kanal, Jade Weser-Port oder die Fahrrinnenanpassung der Elbe. Immerhin ist der Hamburger Hafen nicht nur größter Arbeitgeber der Hansestadt und auch Schleswig-Holsteins. Für Ihre niedersächsischen Landsleute, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie wissen das, ist dieser Hafen nach VW der zweitgrößte Arbeitgeber. Das zeigt die Notwendigkeit solcher Infrastrukturmaßnahmen ganz deutlich.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es gibt genug Themen, für die wir uns einsetzen müssen – auf Landesebene, auf Bundesebene. Wir im Norden sollten das – wo immer möglich – gemeinsam tun, denn gemeinsam sind wir stärker.

In diesem Sinne freue ich mich auf den Vortrag unseres Ehrengastes und wünsche uns allen einen schönen und ertragreichen Abend.

Herr Ministerpräsident Carstensen, Sie haben das Wort.

8. Dezember 2011